RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 10. Dezember 2009 (06.01) (OR. en)

17432/09

SIRIS 181
SCHENGEN 66
ENFOPOL 316
COMIX 954

VERMERK

der	Gruppe SIS/SIRENE (Gemischter Ausschuss EU/Island, Norwegen und Schweiz/Liechtenstein)
für den	Koordinierungsausschuss für den Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (CATS) (Gemischter Ausschuss EU/Island, Norwegen und Schweiz/Liechtenstein)
Nr. Vordokument:	9797/1/09 REV 1 SIRIS 67 SCHENGEN 9 ENFOPOL 127 COMIX 392
Betr.:	Anwendung des Artikels 102a des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen im Jahr 2008 – Entwurf eines Berichts an das Europäische Parlament gemäß Artikel 102a Absatz 4 des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen (SDÜ)

I. HINTERGRUND

1. Auf der Grundlage eines Vorschlags, den die Kommission im August 2003 vorgelegt hatte[1], haben das Europäische Parlament und der Rat die Verordnung (EG) Nr. 1160/2005 vom 6. Juli 2005 zur Änderung des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen hinsichtlich des Zugangs der in den Mitgliedstaaten für die Ausstellung von Zulassungsbescheinigungen für Fahrzeuge zuständigen Stellen zum Schengener Informationssystem[2] angenommen.

[1] Dok. 12205/03 SIRIS 75 COMIX 524.
[2] ABl. L 191 vom 22.07.05, S. 18.

2. Mit dieser Verordnung – dem ersten das Schengener Informationssystem (SIS) betreffenden Rechtsakt, der im Mitentscheidungsverfahren angenommen wurde – wurde dem Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen (SDÜ) der neue Artikel 102a hinzugefügt.

3. Bevor dieser Artikel dem SDÜ hinzugefügt wurde, gestattete das SDÜ, Daten betreffend Kraftfahrzeuge zur Sicherstellung oder Beweissicherung in Strafverfahren und zur verdeckten Registrierung oder gezielten Kontrolle abzufragen.
Die Abfrage dieser Daten war ausschließlich den Behörden vorbehalten, die für Grenzkontrollen und sonstige polizeiliche und zollrechtliche Überprüfungen im Inland zuständig sind. Ferner bestimmt Artikel 102 Absatz 4 SDÜ, dass die Daten grundsätzlich nicht zu Verwaltungszwecken genutzt werden dürfen.

4. Der Beschluss 2004/919/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kfz-Kriminalität[3] schloss den Einsatz des SIS als integralen Bestandteil der Strafverfolgungsstrategie gegen die Kfz-Kriminalität ein.

5. Mit dem neuen Artikel 102a SDÜ erhalten die in den Mitgliedstaaten für die Ausstellung von Zulassungsbescheinigungen für Fahrzeuge zuständigen und zu diesem Zweck eindeutig bestimmten Stellen Zugriff auf die im SIS gespeicherten Daten betreffend gestohlene, unterschlagene oder sonst abhanden gekommene Kraftfahrzeuge mit einem Hubraum von mehr als 50 ccm, gestohlene, unterschlagene oder sonst abhanden gekommene Anhänger und Wohnwagen mit einem Leergewicht von mehr als 750 kg sowie gestohlene, unterschlagene, sonst abhanden gekommene oder für ungültig erklärte Zulassungsbescheinigungen für Fahrzeuge und Kfz-Kennzeichenschilder, um vor der Zulassung eines Fahrzeugs dessen Rechtsstatus zu überprüfen.

6. Gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1160/2005 ist der neue Artikel 102a am 11. Januar 2006[4] in Kraft getreten.

---

[3] ABl. L 389 vom 30.12.2004, S. 28.
[4] Am 18. April 2006 im Fall von Norwegen (siehe Artikel 2 Absatz 4).

7. Daten betreffend gestohlene, unterschlagene, sonst abhanden gekommene oder für ungültig erklärte Zulassungsbescheinigungen für Fahrzeuge und Kfz-Kennzeichenschilder sind jedoch erst seit dem 31. März 2006 in das SIS aufgenommen worden. Denn mit der Verordnung (EG) Nr. 1160/2005 wurde den zuständigen Behörden zwar ein Zugriffsrecht eingeräumt, die Aufnahme von Daten betreffend Zulassungsbescheinigungen für Fahrzeuge und Kfz-Kennzeichenschilder war hierin jedoch nicht geregelt.

8. Dazu hat der Rat den Beschluss 2006/228/JI des Rates vom 9. März 2006 zur Festlegung des Beginns der Anwendung einiger Bestimmungen des Beschlusses 2005/211/JI über die Einführung neuer Funktionen für das Schengener Informationssystem, auch im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung[5], angenommen. Nach der Richtlinie 2006/228/JI dürfen die Mitgliedstaaten seit dem 31. März 2006 Daten betreffend Zulassungsbescheinigungen für Fahrzeuge und Kfz-Kennzeichenschilder eingeben.

9. Nach Artikel 102a Absatz 4 des SDÜ muss der Rat jedes Jahr, nachdem er die Stellungnahme der gemäß Artikel 115 SDÜ eingesetzten gemeinsamen Kontrollinstanz (GK) betreffend die Datenschutzbestimmungen eingeholt hat, dem Europäischen Parlament einen Bericht über die Anwendung des Artikels 102a vorlegen.

10. Dieser Bericht sollte Informationen und statistische Daten über die Verwendung und die Ergebnisse der Anwendung des Artikels 102a sowie Angaben darüber enthalten, auf welche Weise die Datenschutzbestimmungen angewandt wurden.

11. Nachdem die Gruppe "SIS/SIRENE" diesen Bericht am 28. Mai 2009 geprüft hatte, wurde er der gemeinsamen Kontrollinstanz (GK) zur Stellungnahme zugeleitet. Die GK hat ihre Stellungnahme am 14. Oktober 2009 abgegeben (siehe Anlage 2). Die Gruppe "SIS/SIRENE" hat am 9. Dezember 2009 Einvernehmen über den Entwurf erzielt, der gemäß Artikel 102a Absatz 4 des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen (SDÜ) dem Europäische Parlament vorzulegen ist, und sie hat Kenntnis von der Stellungnahme der GK genommen.

Der Koordinierungsausschusses für den Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (CATS) wird daher ersucht, diesen Bericht zu billigen und ihn dem AStV sowie dem Rat zur Annahme vorzulegen sowie ihn anschließend dem Europäischen Parlament zu übermitteln.

---

[5] ABl. L 81 vom 18.3.2006, S. 45.

II. GEGENWÄRTIGE ANWENDUNG UND ERGEBNISSE

12. Um die Anwendung durch die teilnehmenden Staaten und ihre Ergebnisse zu bewerten, wurde ein Fragebogen (siehe Anlage 1) erstellt und von den am Schengener Informationssystem beteiligten Delegationen beantwortet (siehe Abschnitt III).

13. Im Jahr 2008 wurde Artikel 102a SDÜ in den folgenden, am Schengener Informationssystem beteiligten Ländern ganz oder teilweise umgesetzt: AT, BE, CZ, DE, DK, EE, EL, ES, HU, LT, LV, MT, NL, SK, SI, PL, CH. Dieser Artikel sieht zwar ein Recht vor, erlegt aber keine Verpflichtung auf, den Kfz-Zulassungsstellen Zugang zum SIS zu erteilen.

14. Es ist immer noch schwierig, die aufgrund der Anwendung des Artikels erfassten Treffer zu beziffern, da in den meisten Staaten, die ihn umgesetzt haben, die Behörden, die Abfragen nach Artikel 102a durchführen, die gleichen sind, die Abfragen nach Artikel 100 Absatz 3 SDÜ durchführen.

15. Darüber hinaus hatten einige Mitgliedstaaten (z.B. BE, DE) vor Inkrafttreten des Artikels 102a eine interne Lösung gefunden, um neu ausgestellte Zulassungsbescheinigungen im Hinblick auf SIS-Ausschreibungen durch die Behörden überprüfen zu lassen, die bereits Zugang zum SIS hatten. Dies könnte die Schwierigkeit erklären, einen wahrscheinlichen, auf die Anwendung des Artikels 102a zurückzuführenden Anstieg der Anzahl von Ausschreibungen und Treffern sichtbar zu machen.

16. Aus diesen Gründen konnten nur einige der Länder, die Artikel 102a bislang umgesetzt haben, die Anzahl der aufgrund der Anwendung des Artikels 102a erfassten Treffer gesondert angeben.

17. In DE waren 77 % der Treffer bei ausländischen Ausschreibungen betreffend Kraftfahrzeuge auf eine Überprüfung zugelassener Kraftfahrzeuge zurückzuführen. Aufgrund dessen, dass es möglich ist, jedes Kraftfahrzeug vor seiner Zulassung zu überprüfen, kann die Polizei Maßnahmen treffen, mit denen die 'Legalisierung' von Kraftfahrzeugen in DE verhindert wird. Daher ist ein besserer Schutz gutgläubiger Personen möglich, indem früher rechtliche Schritte eingeleitet werden.

18. In EE wurden 56,5 % (48 Fahrzeuge) der gestohlenen Kraftfahrzeuge in Verbindung mit der Anwendung von Artikel 102a aufgespürt. Somit ist bereits ein beachtlicher Erfolg bei der Bekämpfung der organisierten Kfz-Kriminalität zu verzeichnen.

19. PL hat ferner festgestellt, dass die Anwendung von Artikel 102a – neben anderen Verfahren und polizeilichen Vorgehensweisen – dazu beigetragen hat, die Zulassung gestohlener, unterschlagener oder sonst abhanden gekommener Kraftfahrzeuge zu verhindern und damit die organisierte Kriminalität zu bekämpfen.

20. In den meisten Mitgliedstaaten, die die Anwendung des Artikels 102a noch vorbereiten, sind Verzögerungen hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass Behörden Zugang verschafft werden muss, die derzeit noch keinen Zugang zum SIS haben.

21. In einigen Mitgliedstaaten gibt es eine große Zahl von dezentralisierten Behörden, die angeschlossen werden müssen, was Verzögerungen erklären könnte. Aus dem gleichen Grund wird in einigen der Mitgliedstaaten, die Artikel 102a bereits anwenden, noch nicht allen zuständigen Behörden im gesamten nationalen Hoheitsgebiet Zugang zum SIS gewährt.

22. Andererseits ist hervorzuheben, dass noch nicht alle teilnehmenden Länder Artikel 100 Absatz 3 Buchstabe f SDÜ anwenden, was der Anwendung des Artikels 102a Absatz 1 Buchstabe c entgegensteht. Artikel 100 Absatz 3 Buchstabe f wurde dem SDÜ mit dem Beschluss 2006/228/JI des Rates[6] hinzugefügt, der am 31. März 2006 in Kraft getreten ist.

23. Nach Artikel 2 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1160/2005 wird Artikel 102a in Norwegen seit dem 18. April 2006 angewendet. Leider hat sich die Entwicklung eines neuen computergestützten Systems für die Fahrzeugzulassung, die für Oktober 2007 vorgesehen war, weiter verzögert. Mit dem neuen computergestützten System für die Fahrzeugzulassung wird jedes Mal, wenn ein Antrag auf eine Fahrzeugzulassung in das computergestützte System der Kfz-Zulassungsstelle eingegeben wird, automatisch eine Suche im SIS erfolgen. In Schweden wird Artikel 102a seit dem 4. Februar 2008 und in der Tschechischen Republik seit dem 1. März 2008 uneingeschränkt angewendet.

24. Ein Mitgliedstaat (FI) hat aufgrund seiner innerstaatlichen Organisation keinerlei Nutzen davon, den für die Ausstellung von Zulassungsbescheinigungen für Fahrzeuge zuständigen Stellen Zugang zu erteilen, da die Zollbehörde für die entsprechenden Überprüfungen bei eingeführten Fahrzeugen zuständig ist.

---

[6] ABl. L 81 vom 18.03.2006, S. 45.

III. STATISTIK

25. Anwendung des Artikels 102a SDÜ im Jahr 2008.

	AT	BE	CZ	DE	DK	EE	EL	ES	HU	LT	LV	MT	NL	PL	SE	SI	SK	CH	NEIN
Weitere Behörden haben Zugang zum SIS erhalten	NEIN	NEIN	JA	NEIN	JA	JA	JA	NEIN	NEIN			NEIN	JA				NEIN		NEIN
Regierungsbehörde	NEIN	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA
Direkter Zugang	NEIN	JA	JA	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA	NEIN
Indirekter Zugang	JA	NEIN	NEIN	NEIN		JA	JA	NEIN				JA	JA	JA	NEIN		NEIN		JA
Eine Abfrage erfolgt automatisch, wenn Fahrzeuge zugelassen werden	JA	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	JA	NEIN	NEIN	NEIN
Artikel 102a wird angewandt in Bezug auf: a) Kraftfahrzeuge	JA	JA	JA	JA			JA				JA				JA			JA	
b) Anhänger und Wohnwagen	JA		JA	JA			JA				JA				JA			JA	
c) *i)* Bescheinigungen	NEIN	NEIN	JA	NEIN			NEIN				JA				JA			JA	
c) *ii)* Kennzeichen	JA	NEIN	JA	NEIN			NEIN				JA								
Bei der Zulassung von Fahrzeugen erzielte Treffer	377[2] 434[4]	932	78 391[2] 186[4]	1104	2 0[4]	85[2] 21[4]	138[2]	[3]	107[2]	474[2] 180[4]	82[2] 35[4]	0	[3]	81[2]	[5]	700[6]	[3]	169[2] 42[4]	[3]

[1] Die automatische Abfrage wurde im Februar 2009 eingeführt.

[2] Gesamtzahl der Treffer bei ausländischen Ausschreibungen betreffend Kraftfahrzeuge (nach Artikel 100 SDÜ)

[3] Für 2008 liegen keine Statistiken vor.

[4] Treffer im Ausland.

[5] Für 2009 werden Statistiken vorliegen.

[6] Für 2008 liegen keine Statistiken vor, (in 18 Monaten) 700 Treffer bei Fahrzeugen aufgrund einer ausländischen Ausschreibung und 40 Treffer im Ausland, seit SI sich am SIS beteiligt.

IV. DATENSCHUTZBESTIMMUNGEN

26. Keiner der Mitgliedstaaten, die Artikel 102a SDÜ anwenden, hatte den Berichten zufolge Probleme in Bezug auf den Datenschutz. Diesbezüglich werden die Verfahren des Übereinkommens angewandt. Die nationalen Datenschutzbehörden fungieren als Kontrollinstanzen nach den Artikeln 114 und 128 SDÜ.

27. Die betreffenden Mitgliedstaaten erklärten, dass Umsetzung und Anwendung von Artikel 102a SDÜ exakt den gleichen Datenschutzregeln unterliegen wie alle anderen im Rahmen des SIS verarbeiteten Daten, insbesondere den Artikeln 101, 102 und 103 bis 118 SDÜ..

28. Auch die Beteiligung der einzelstaatlichen Datenschutzbehörden könnte in der gleichen Weise erfolgen wie bei allen anderen in das SIS eingegebenen Daten.

29. Bei Daten, die im Rahmen des Artikels 102a SDÜ verwendet werden, handelt es sich um Ausschreibungen zu Fahrzeugen, Anhängern und Wohnwagen, Zulassungsbescheinigungen für Fahrzeuge und Kennzeichenschildern; diese Ausschreibungen enthalten daher keine personenbezogenen Daten.

30. So sind die für die Fahrzeugzulassung zuständigen Dienststellen der Mitgliedstaaten nach Artikel 102a berechtigt, Zugriff auf die im Schengener Informationssystem gespeicherten Daten zu erhalten, und zwar ausschließlich um zu überprüfen, ob es sich bei den ihnen zum Zwecke der Zulassung vorgeführten Fahrzeugen um gestohlene, unterschlagene oder sonst abhanden gekommene Fahrzeuge handelt.

31. Nach Artikel 102a Absatz 1 in fine erfolgt der Zugriff der zuständigen Stellen auf darin genannte Daten nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der einzelnen Mitgliedstaaten.

32. Bislang handelt es sich bei diesen Stellen nur in einem Mitgliedstaat (AT) nicht um staatliche Stellen. Nach Artikel 102a Absatz 2 haben die genannten Dienststellen keinen direkten Zugang zum SIS.

33. In den meisten Ländern, die Artikel 102a SDÜ derzeit anwenden, sind die Behörden, die die Überprüfungen durchführen, Behörden, die derartige Überprüfungen bereits in der Vergangenheit durchgeführt haben, zumeist Polizeibehörden. In DK erhielten die Steuerbehörden ab dem 1. Januar 2008 Zugriff (nur Lesezugriff), da die Aufgabe der Ausstellung von Zulassungsbescheinigungen für Fahrzeuge von der dänischen Nationalpolizei auf die dänische Steuer- und Zollverwaltung übertragen worden war.

34. Nach Artikel 102a Absatz 4 wurde die Stellungnahme der gemeinsamen Kontrollinstanz eingeholt, bevor dieser Bericht nunmehr dem Europäischen Parlament vorgelegt wird.

V. SCHLUSSFOLGERUNGEN

a) Nach Anhang I des Beschlusses 2007/471/EG des Rates gelten die Bestimmungen des Artikels 64 SDÜ und der Artikel 92 bis 119 SDÜ sowie der Verordnung (EG) Nr. 1160/2005 seit 1. September 2007 für die neuen Schengen-Staaten. Fast alle "neuen" Mitgliedstaaten haben Artikel 102a SDÜ im Jahr 2008 rechtzeitig oder mit kurzer Verzögerung ganz oder teilweise angewandt.

b) Im Jahr 2008 wurde Artikel 102a SDÜ somit in den folgenden Mitgliedstaaten vollständig oder teilweise angewandt: AT, BE, CZ, DE, DK, EE, EL, ES, HU, LT, LV, MT, NL, SE, SK, SL, PL. Angewandt haben ihn auch CH (vollständig) und NO (teilweise).

c) In den meisten der genannten Länder wurden die in Artikel 102a vorgesehenen Überprüfungen bereits vor der Anwendung dieses Artikels durchgeführt, und zwar im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen den Kfz-Zulassungsstellen und den Strafverfolgungsbehörden mit Zugang zum SIS.
Dies könnte erklären, warum die Ergebnisse in den ersten Jahren der Anwendung nicht so sichtbar waren, wie es hätte erwartet werden können.

d) Die meisten der am SIS beteiligten Mitgliedstaaten bereiten sich auf die Anwendung des genannten Artikels vor. Da der Artikel nur in einigen Mitgliedstaaten zur vollen Anwendung gekommen ist und dies nur für einen kurzen Zeitraum, ist es noch zu früh für eine allgemeine Bewertung.

e) Mehrere Mitgliedstaaten erheben keine Daten in Bezug auf Artikel 102a SDÜ und einige arbeiten weiterhin an der Entwicklung eines wirksamen Instruments zur Erstellung der einschlägigen Statistiken. Nur AT, BE, CZ, DE, DK, EE, EL, HU, LT, LV, MT, PL und CH konnten diesbezügliche statistische Angaben für 2008 zur Verfügung stellen.
Der Mehrwert dieses Artikels wird daher deutlicher zum Tragen kommen, wenn alle Vorbereitungen abgeschlossen sind und die Anwendung über einen längeren Zeitraum uneingeschränkt erfolgt. Dennoch haben einige Mitgliedstaaten (z.B. AT, BE, DE, EE und PL) bereits einen Mehrwert infolge der Anwendung von Artikel 102a SDÜ verzeichnet.

f) Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der in Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 1160/2005[7] vorgesehene zeitliche Rahmen zur Vorbereitung des Anschlusses der neuen Behörden zu knapp bemessen ist.

g) Artikel 102a wurde allgemein begrüßt. Der Artikel gilt als wichtiges Instrument zur Bekämpfung der organisierten Kfz-Kriminalität und hilft, gutgläubige Kunden vor dem Kauf importierter, gestohlener Gebrauchtwagen zu schützen.

h) In einem Mitgliedstaat (FI) ist die Zollbehörde für die Durchführung der einschlägigen Kontrollen zuständig. Daher ergibt sich in diesem Fall kein Mehrwert durch die Anwendung von Artikel 102a SDÜ.

i) Im Übrigen ist es unbedingt erforderlich, dass sich alle Staaten an der Anwendung dieses Artikels beteiligen, um zu verhindern, dass sich die organisierte Kfz-Kriminalität Lücken im System zunutze machen könnte.

j) Daher wird es im Allgemeinen für wichtig gehalten, dass alle Mitgliedstaaten auch Artikel 100 Absatz 3 Buchstabe f SDÜ anwenden.

k) Datenschutzbestimmungen fanden gemäß den SDÜ-Bestimmungen Anwendung.

---

[7] Verordnung (EG) Nr. 1160/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2005 zur Änderung des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen hinsichtlich des Zugangs der in den Mitgliedstaaten für die Ausstellung von Zulassungsbescheinigungen für Fahrzeuge zuständigen Stellen zum Schengener Informationssystem, ABl. L 191 vom 22.7.2005, S. 18-21.

ANLAGE 1

QUESTIONNAIRE ON THE IMPLEMENTATION OF ARTICLE 102A OF THE SCHENGEN CONVENTION
(pursuant to Art. 102A(4))

1. Your country:
2. Which authorities obtained access to the SIS pursuant to the new Article 102A? Is this direct or indirect access?
3. Are these government services?
4. Is a search in the SIS performed automatically every time a request for a vehicle registration is inserted in the IT system of the concerned vehicle registration authority(ies)?
5. How many hits were found in your territory on alerts inserted by other Member States?
6. How many hits were found abroad on alerts issued by your Member State?
7. To what extent was the implementation of this Article a reason for an increase in the number of alerts?
8. To what extent was the implementation of this Article a reason for an increase in the number of hits?
9. To what extent does this Article contribute to the fight against organised crime? Could you give an example of the added valued this Article brought about?
10. To what extent has the implementation of this Article contributed to the protection of bona fide persons who have acquired a stolen car or stolen documents?
11. How are the pertinent Schengen Convention data protection rules implemented and followed up?
12. Give your general assessment of the results of implementation of this Article (max. 5 lines).
13. Which difficulties have you faced when implementing this Article?
14. Make any other comments and/or suggestions (max. 5 lines).

ANLAGE 2

JOINT SUPERVISORY AUTHORITY SCHENGEN

Brussels, 14 October 2009 (14.10) (OR. EN)

SCHAC 2501/09

OPINION

From:	Mrs Angelika SCHRIEVER-STEIMBERG - Vice Chairman
To:	Mr Anders SJÖBERG - Chairman of the SIS/SIRENE Working Party
Date:	13 October 2009
Betr.:	Implementation of Article 102A

Dear Mr Anders Sjöberg,

According to Article 102A (4) of the CISA each year, after seeking the opinion of the Joint Supervisory Authority on the data protection rules, the Council must submit a report to the European Parliament on the implementation of Article 102A. The report shall include information and statistics on the use made of the provisions of this Article; the results obtained in their implementation and shall state how the data protection rules have been applied. On 17 June 2009, the JSA received a request from the SIS/SIRENE Working Party[8] to give an opinion on this subject.

According to Chapter V, point (b) of the draft report, in 2008 Article 102A was totally or partially implemented in 19 countries participating in the SIS. The JSA took note of the statement from the Member States in Chapter IV, point 27 of the draft report, that *the implementation and the use of Article 102A CISA was strictly subject to the same rules on data protection as those laid down in the appropriate CISA provisions, notably Arts. 101, 102 and 103 to 118, like any other data processed in the SIS.* However, the JSA would like to emphasize that from the information provided it was not able to assess properly how the data protection rules had been applied.

[8] Doc. 9797/1/09 REV 1

Pursuant to Article 101(1) of the CISA, access to data entered in the SIS and the right to search such data directly was reserved exclusively to the authorities responsible for border checks and other police and customs checks. Article 102(1) established the purpose limitation principle – the data provided may only be used for in Articles 95 to 100 only for the purposes laid down for each category of alert referred to in those Articles. Furthermore, Article 102(4) of the CISA laid down a general prohibition to use the data for administrative purposes. Regulation (EC) No 1160/2005[9] added a new Article 102A to the CISA by introducing a right to the services in the Member States responsible for issuing registration certificates for vehicles to have access to the specific data in the Schengen Information System (SIS).

This new provision was necessary in order clearly identified services (other than police and customs) responsible for issuing registration certificates for vehicles would be grated a right of access to certain SIS data for the sole purpose – to check whether the vehicles presented to them for registration have been stolen, misappropriated or lost. The introduction of an exemption to Articles 92, 100, 101, 102, has changed the purpose of the SIS allowing to the data not only for the law enforcement purposes but also for administrative purpose. As this is the exemption to the main data protection principles of the CISA, it shall be interpreted and applied in *strictu senso*.

Article 102A contains certain conditions laid down in order to ensure that the fundamental data protection principles would be respected. It specifically defines the services responsible for issuing registration certificates for vehicles, granting the access right for the sole purpose of checking whether the vehicles presented for registration have been stolen, misappropriated or lost.

The draft report (Chapter IV point 33) states that the authorities performing the checks are authorities which performed such checks in the past, mostly police authorities. Considering that the use of Article 100 data for the purpose laid down in Article 102A is the use of data for another purpose (checking vehicles before registration), such use of the data (Article 100, Article 102A) must be properly logged.

[9] OJ L 191, 22.07.2005, p.18.

The difference between the purpose of Articles 100 and 102A should be clearly distinguished. Article 100 (1) provides that data on objects sought for the purposes of seizure or use as evidence in criminal proceedings shall be entered in the SIS. Article 102A(1) states that the services responsible for issuing registration certificates for vehicles shall have the right to access the data entered into the SIS (under Article 100) for the sole purpose of checking whether vehicles presented to them for registration have been stolen, misappropriated or lost. According to the recital (6) of the Regulation (EC) No 1160/2005 such use of the data foreseen in Article 102A will be for the administrative purpose. Therefore, the conditions laid down in Article 102A shall be interpreted and respected in *strictu senso*.

This is the third report the JSA received since the Regulation No 1160/2005 on the new Article 102A entered into application in January 2006. The JSA took note of the statistics presented in Chapter III showing the number of hits when registering vehicles. However, the explanation in the footnotes of those hits seems to indicate that the numbers presented do not necessarily only refer to hits in the Member State or even cover hits based on Article 100. However, some Member States were not able to provide the statistics for 2008 for various reasons.

The only article in the CISA providing for an obligation to record every transmission is Article 103. The draft report (Chapter IV, 27) refers to this article as being applied in relation to the use of Article 102A. The reference to Article 103 – the recording of every transmission for purposes of checking whether the search is admissible or not – is interesting since these records may provide for the statistical information on the use of the data referred to in Article 102A. Article 103 also provides Member States with the possibility to ensure control of the data used according to Article 102A. With these records, Member States could have easily presented the necessary statistics on the consultation of the SIS by, or on behalf of the services issuing registration certificates for vehicles. In this respect, the JSA also reminds Article 118 (e), which stipulates that one of the necessary measures to be adopted by the Member States in relation to the SIS – to ensure that persons authorised to use an automated data-processing system only have access to the data covered by their access authorisation (data access control). In this respect the JSA emphasizes that a proper logging of the use by vehicle registration offices of certain data to establish whether a vehicle was stolen, misappropriated or lost is obligatory.

In view of the statement of the Member States in Chapter IV point 27 of the draft report, in relation with the conclusions in Chapter V point (c) stating that *the results in the first years of implementation are not as visible as could have been expected,* the JSA can only repeat its conclusion from the previous years *"that the control of the use of data on objects as provided for in Article 102A, is still not in compliance with Article 103"*. The recording of every transmission for the purpose of checking enables the appropriate authorities to check the lawfulness of the processing (use) of the data in accordance with Article 102A and to comply with the obligation to ensure data access control (Article 118 (e)). Failure to ensure the proper control of the use of data may have negative implications for data protection, i.e. implementation of the data quality, proportionality principles and data security. The obligation to record the transmission of Article 102A data is of great importance not only to ensure proper use but also to have reliable statistics. The JSA noted that some Member States had fully implemented the requirement to record every transmission thus allowing them to provide statistics.
As no additional information was provided, the JSA repeated, that Article 102A in itself does not specify all data aspects to be entered for the purpose of performing checks. The draft report did not provide sufficient information on the implementation of Article 102A, in relation to the content of the searches (what data were entered (or able to be entered) in the system). Access to the SIS under Article 102A may therefore include personal data.

In conclusion, the JSA, acknowledged that implementation of Article 102A and the processing of registration certificates and vehicle number plates had not yet fully been completed by all countries participating in the SIS and therefore maintained the same concerns about implementation and compliance as in previous years. Although sufficient technical instruments were available to ensure efficient control of the use of SIS data (some Member States were able to record and report full statistics on the implementation of Article 102A), these were apparently not applied to the exchange of data in accordance with Article 102A. In view of this lack of control, the JSA urged the Council and the European Parliament to explore whether Member States were fulfilling their obligations under Article 103 in relation with Article 102A.

The JSA requested that this opinion should be attached to the report for the European Parliament.

Yours sincerely,
Mrs. Angelika SCHRIEVER-STEINBERG
Vice Chairman